

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 184 / 3. Jahrgang

Frankfurt a. M., 29. Oktober 1949

Seite 1

Hessen-CDU billigt Bonner Politik

Es ist noch nicht so lange her, daß gewisse Parteien mit mehr Sensationslust als Sachkenntnis bestimmte politische Forderungen der hessischen CDU als eine offene Absage an die Politik Dr. Adenauers hinzustellen sich bemühten. Das galt vor allem für die vom Landesparteivorstand der hessischen CDU vertretene Ansicht, daß die große Koalition die notwendige Folge des Wahlausganges sei. Im gegnerischen Lager erwartete man also vom Parteitag der hessischen CDU, daß er die Opposition offiziell bestätigen würde. Diese Erwartungen haben sich, um das Ergebnis vorwegzunehmen, nicht erfüllt. Das demokratische Empfinden der Delegierten des Landesverbandes und ihre innere Verbundenheit mit der Zielsetzung der CDU erwies sich auch diesmal als stark genug, aus richtiger Erkenntnis die eigenen Auffassungen dem gemeinsamen Ganzen unterzuordnen. Diese Feststellung ist das wichtigste politische Ergebnis des Kasseler Landesparteitages vom 21./22. Oktober.

Es hat, das braucht nicht verschwiegen zu werden, auf diesem Parteitag nicht an Bekundungen erster Besorgnis und selbst der Kritik gefehlt — einer Kritik, die sich ebenso an das organisatorische Gefüge der CDU wandte wie an die politische Grundlinie der Bonner Koalitionspolitik. Der soziale Einschlag dieser Kritik war unverkennbar, und in diesem Punkte griff der Landesparteitag die Forderungen auf, die die christliche Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit bewegt. Daß ihre Wahrnehmung für die spezielle hessische Situation eine politische Notwendigkeit ist, wurde vom Landesvorsitzenden, Minister Dr. Hilpert, deutlich unterstrichen, als er betonte: „Entscheidend muß bleiben, daß die Fürsorge für den sozial Schwächeren immer das vordringlichste Anliegen einer wirklich christlichen Politik sein muß.“ Daß sie aber auch mit der gleichen Konsequenz für den Bund verpflichtend sind, bewies der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. von Brentano, der die Bestrebungen und Forderungen des Landes in die größeren Zusammenhänge des Bundes einordnete. Von hier aus erfuhr die Bildung der kleinen Koalition die überzeugende Rechtfertigung. Nachdem das Wahlgesetz die Bildung echter arbeitsfähiger Mehrheiten verhindert hätte, hätte eine Koalition der beiden starken mittleren Parteien allzu leicht auch für die Bundesrepublik und ihre politische Entwicklung den gleichen Weg angedeutet, den wir in der Vergangenheit gehen mußten, daß nämlich die verantwortungsbewußte Koalition sich in der ständigen Auseinandersetzung mit der Opposition von rechts und links aufreiben würde. Es kam hinzu, daß die SPD-Führung mit ihren Kölner und Dürkheimer

Beschlüssen die Tür zu Koalitionsverhandlungen endgültig zuschlug. Ob die jetzige Koalition der Weisheit letzter Schluß ist, wird die Zukunft erweisen. Sie war, darüber ließ Abg. von Brentano keinen Zweifel, schlechthin die einzige Möglichkeit, die in Bonn überhaupt noch übrigblieb. Es ist indessen mehr als ein optischer Eindruck, daß die Verhältnisse innerhalb der Koalition wie auch der Regierung und in der Fraktion sich immer stärker konsolidieren, und zwar keinesfalls auf Kosten der von der CDU/CSU vertretenen Prinzipien. Mit aller Eindringlichkeit brachte von Brentano zum Ausdruck, daß Besorgnisse, die CDU könnte sich infolge der koalitionsmäßigen Bindung von ihrem Programm entfernen, unbegründet sind. Die Fraktion sei fest entschlossen, im Gefühl der Verantwortung nicht Gewesenes zu restaurieren, ebenso wenig aber auch, die sozial notwendige Entwicklung aufzuhalten oder sie passiv zu ertragen. In zwei Anträgen der Bonner Fraktion kommt dieser Wille zum Ausdruck. Sie streben eine Neuordnung der Besitzverhältnisse im Kohlenbergbau und eine umfassende Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einschließlich des Mitbestimmungsrechtes an. Mit diesen und weiteren Anträgen bekundet die CDU ihre Entschlossenheit, die Politik von sich aus entscheidend zu bestimmen und zugleich ihren Willen, die Düsseldorfer Leitsätze zu realisieren. In dem gleichen Willen geht die CDU an das Flüchtlingsproblem, an die Neuordnung des Versorgungsrechts für die Kriegsbeschädigten und an die Lösung des Wohnungsbauproblems heran. Diese politische und soziale Grundhaltung beantwortet unmißverständlich die Totalitätsansprüche der SPD wie auch der Gewerkschaften.

Der Landesparteitag hat der Bonner Fraktion sein Vertrauen ausgesprochen und seinen Willen zur Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Er hat darüber hinaus die Linie der speziellen hessischen Politik der CDU festgelegt und durch die Verabschiedung der Satzung die Voraussetzungen für eine gründliche Reorganisation geschaffen, und er hat schließlich in einer Resolution dem Verlangen auf baldige Schaffung einer einheitlichen Parteiorganisation der Gesamt-CDU unter Berücksichtigung der regionalen Gliederung Ausdruck gegeben. Die innere Geschlossenheit der hessischen CDU und ihre Verbundenheit mit der gesamten christlich-demokratischen Union wurde damit eindeutig manifestiert und das Vertrauen der Delegierten zu der bisherigen Parteiführung durch die einstimmige Wiederwahl des ersten Landesvorsitzenden, Minister Dr. Werner Hilpert, erneut unterstrichen.

Treuebekenntnis Adenauers für den Osten

Der Bundeskanzler hat mit seiner Erklärung, die er am 21. Oktober im Bundestag abgab, das Verhältnis der westdeutschen Bundesrepublik zum ostelbischen Satellitenstaat eindeutig festgelegt. Dr. Adenauer gelangte dabei zu Feststellungen, die gewissermaßen als Thesen der Politik seiner Regierung angesehen werden können. Diese Grundsätze lassen sich wie folgt formulieren:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschlands ist als aus freien Wahlen von 45 Millionen Deutschen hervorgegangene Regierung die allein legitimierte Vertretung des deutschen Volkes.
2. Die Bundesrepublik Deutschland trägt auch die Verantwortung für die noch in Unfreiheit lebenden 18 Millionen Deutschen der Sowjetzone. Sie wird aus dieser Verantwortung jede notwendige Konsequenz ziehen.
3. Die Bundesregierung erkennt keinen Vertrag und keine Verpflichtungen als bindend an, die von der sogenannten Regierung der Ostzone eingegangen wurden. Das gilt insbesondere für die Oder-Neiße-Linie.
4. Berlin wird de facto als zwölftes Land der deutschen Bundesregierung betrachtet und als Vorposten Deutschlands und des Westens die besondere Fürsorge und Hilfe der deutschen

Bundesrepublik finden.

5. Die Bundesregierung wird alle Anstrengungen unternehmen, die Einheit Deutschlands auf den Grundlagen von Recht und Freiheit herbeizuführen.

Die Versicherung der Hohen Kommissare, sie würden Berlin jede nur mögliche moralische und materielle Unterstützung angedeihen lassen, berechtigt zu der Annahme, daß auch die westliche Welt verstanden hat, um was es in diesen Wochen geht.

CDU/CSU steht zu Berlin

In einer Pressekonferenz, die im Anschluß an den Parteitag der hessischen CDU am 22. Oktober in Kassel stattfand, erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, Dr. von Brentano, und der hessische Finanzminister Dr. Hilpert auf die Frage eines Journalisten, alle Gerüchte, daß die CDU/CSU die Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Deutsche Bundesrepublik aus parteitaktischen Gründen hintertrieben habe, als absolut unrichtig. Die CDU stehe nach wie vor zum Artikel 23 des Grundgesetzes. Sie habe keine Angst vor Berliner Neuwahlen, da sie auf den gesunden politischen Sinn der Berliner Bevölkerung vertraue.

MITTELDEUTSCHE CREDITBANK

HAUPTVERWALTUNG FRANKFURT AM MAIN

Neue Mainzerstraße 32—36

Telefon 40441 und 41047

ABTEILUNG FÜR PRIVATKUNDSCHAFT

DEPOSITENKASSE BOCKENHEIM

GESCHÄFTSSTELLEN IN HESSEN:

Eschwege

Höchst

Offenbach

Friedberg

Kassel

Wetzlar

Giessen

Marburg

Wiesbaden

Hanau

Neu-Isenburg

Wiesbaden-Kastel

Erladigung aller bankmäßigen Geschäfte — Führung von Sparkonten

AKKREDITIERTE AUSSENHANDELSBANK

Weinhaus Fendel • Weingut Fendel

Rüdesheim - Eibingen / Rheingau

Nur Eigenbauweine von bekannter Qualität

*

Gartenterasse mit herrlichem Rheinblick

Kirchenglocken

seit 1570

J.

B. Grüninger Söhne R. G.

Villingen (Baden)

Neu-Ulm (Donau)

DEUTSCHE FASERSTOFF

G. M. B. H.

Freden (Leine)



Flachsaufbereitungs-
und Flockenbastwerk

Weingut und
Weinversand



JOHANN LEONH. ESER

Oestrich / Rheingau

Landstraße 52

Rheingauer
Qualitätsweine
in günstigen Preislagen

Verlangen Sie die Weinliste

Staat und Sozialpolitik

Die CDU bekennt sich zum christlichen Wohlfahrtsstaat. Dieser hat, geleitet von der Gerechtigkeit, die Verwirklichung des Gemeinwohls durch möglichste Hebung der Wohlfahrt aller seiner Glieder, Schichten und Stände zum Ziel. Für die Sozialpolitik ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe:

1. die des Schutzes der natürlichen Rechte und Freiheiten, wenn sie durch die wirtschaftliche soziale Entwicklung gefährdet sind;
2. die Ermöglichung einer wirklichen Anteilnahme aller am Gemeinwohl.

Die erste Pflicht tritt z. B. ein, wenn die Würde der Persönlichkeit nicht geachtet wird, wenn der Arbeiter, wie es in der Vergangenheit geschah und jetzt noch im Osten geschieht, zum maßlosen Gewinn ausgebeutet und nicht als Mensch, sondern als Sache behandelt wird. Die zweite Pflicht des Staates ist eine der ausstehenden Gerechtigkeit, die dafür sorgt, daß jede Gesellschaftsgruppe in dem Maß, in dem sie zum Gemeinwohl beiträgt, auch in seinem Genuß kommt, etwa die gleichmäßige Anteilnahme aller am Schul- und Bildungswesen oder die gleichberechtigte Beteiligung aller Schaffenden am Wirtschaftsertrag.

Die konkreten Aufgaben und Ziele der Sozialpolitik sind zeitbedingt. Sie wechseln mit dem Problemkreis, der sich als „soziale Frage“ darbietet. Die heutigen sozialpolitischen Aufgaben des Staates gehen über den Rahmen der engeren Sozialpolitik, deren Domäne das Arbeitsrecht ist, weit hinaus. Sie muß versuchen, der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Existenzunsicherheit zu begegnen und die Not von Millionen Menschen zu lindern, die Gesundheit, Heimat, Hab und Gut oder ihren Ernährer verloren haben.

Mit dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch nach dem letzten Kriege ging die Aushöhlung der gewohnten Gesellschaftsauffassungen parallel. So befinden wir uns heute in dem Stadium der Krise, einer sozialen, einer gesellschaftlichen Krise, einer Krise der Gemeinschaften und Ordnungen, in denen der Mensch zu leben pflegt. Existenzunsicherheit und Lebensangst haben die Menschen unzufrieden und unruhig gemacht.

Alle Bevölkerungskreise sind darum von einem Streben nach Sicherheit erfaßt, die zunächst als wirtschaftliche Sicherheit erstrebt wird. Sozialpolitische Maßnahmen des Staates, die dieser allgemeinen Unsicherheit der einzelnen Volksschichten entgegenwirken sollen, würden darum alle Bevölkerungsgruppen und ihre Lebensbezirke direkt oder indirekt berühren.

Die Sozialpolitik hat durch diese Ausweitung ihrer Aufgaben eine strukturbildende Funktion, indem sie durch die Gesetzgebung neue Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben und -arbeiten der Menschen in tragbaren wirtschaftlich-sozialen

Verhältnissen schafft. Wenn auf diese Weise die Aufgaben, die dem Staat heute für die Neuordnung der Gesellschaft zufallen, so bedeutend und umfassend sind, erhebt sich sogleich die Frage nach den Grenzen der Zuständigkeit des Staates und seiner Eingriffsrechte. Wir haben erst in jüngster Vergangenheit erlebt, wie der Staat sich zum Herrn des gesamten öffentlichen Lebens machte und auch Anspruch auf das persönliche Leben des Einzelnen erhob.

Der Staat darf jedoch nach christlicher Auffassung die Freiheit und Selbständigkeit des Einzelnen wie der Gesellschaftsgruppen nur beschränken, soweit es durch das wahre Gemeinwohl geboten ist. Ebensowenig wie die Erhaltung des Gemeinwohls während der Nazizeit die Vernichtung der Juden erforderlich machte, erfordert es heute die Abschaffung des Elternrechtes. Ein zu weites und erst recht widerrechtliches Eingreifen des Staates muß abgelehnt werden.

Bei den sozialpolitischen Maßnahmen muß es sich in jedem Fall um die Behebung wirklicher erkennbarer Notstände handeln, um Schädigung lebenswichtiger Interessen des Staatsganzen oder einzelner Schichten. Der Staat greift dann ein, wenn die Kräfte des Einzelnen oder der bedrohten Gruppen nicht ausreichen und tiefgehende soziale Gegensätze ausgeglichen werden müssen.

Durch ein zu weites Eingreifen des Staates in die Freiheit und Selbständigkeit der Person wie der Gemeinschaft wird das Bewußtsein der eigenen Verantwortung und die Möglichkeit der eigenen Initiative gelähmt. Darum sollen durch sozialpolitische Maßnahmen in erster Linie Voraussetzungen für eine erfolgreiche Selbsthilfe wiederhergestellt werden. Die staatliche Intervention hat also einen sekundären Charakter.

Eine besondere Gefahr besteht darin, daß der Staat als autonomes Gebilde aus staatspolitischen oder kollektivistischen Gründen etwas für einen Notstand oder zu einer Bedrohung des Gemeinwohls erklärt und daraus widerrechtliche Maßnahmen ableitet. Was der Staat für bedrohlich erklärt, hängt von seiner Anschauung ab. Die materialistische Weltanschauung überläßt dem Staat größte Macht über den Menschen. Er kann dieser gegenüber nur geschützt sein, wenn die natürlichen und ursprünglichen Menschenrechte als Grundlage des Staatslebens feierlich garantiert sind.

Die christliche Gesellschaftsauffassung geht von den Menschenrechten aus; sie will die Freiheit und Würde der Person als erstes geschützt wissen. Der christliche Staat soll nicht von einer blinden Gewalt regiert werden, sondern, da er einen anderen, über ihn hinaus liegenden Zweck hat, dem Sittengesetz unterworfen sein in allen seinen Funktionen.

Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues

In unserem Beitrag zum Problem der Mietpreise in Nr. 175 vom 28. September hatten wir uns dahin geäußert, daß die Finanzierung, Planung und Durchführung des sozialen Wohnungsbaues nach Lage der Dinge „nur Sache der Behörden bzw. der gemeinnützigen Baugenossenschaften“ sein könne. Gegen diese Auffassung wendet sich Herr Ministerialdirektor Dr. Bieroth, MdL, Koblenz, in einer Zuschrift an die Redaktion. Herr Dr. Bieroth glaubt aus dem zitierten Satz herauslesen zu müssen, daß die CDU/CSU den kleinen Privatmann, „der mit 2-3000 DM drei Räume bewohnbar machen kann, aus der Vergebung von öffentlichen Mitteln ausschließen“ wolle. Eine solche Annahme ist natürlich völlig unbegründet: im Gegenteil, wir erwarten, daß seitens der Gemeinden, der Länder und des Bundes alles geschieht, um den privaten Hausbesitz bei der Wohnungsbaufinanzierung ausreichend zu berücksichtigen. Aber damit allein ist u. E. das Problem des sozialen Wohnungsbaues nicht zu lösen. Bei dem heutigen Baukostenindex ist die Hergabe von verbilligten Baukrediten nur eine Möglichkeit, die Baukosten und damit die Mieten zu senken. In der gleichen Richtung müssen zahlreiche andere Faktoren zusammenwirken, so z. B. die Hergabe von billigen Baugelände, die Ermäßigung von Aufschließungs- und Anschlußkosten, steuerliche Vergünstigungen, Ermäßigung der Baupolizeigebühren, Stundung des Tilgungs- und Zinsendienstes usw. Wir sind der Meinung, und das war der Sinn des zitierten Satzes, daß alle diese Möglichkeiten am besten in der Hand von öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Bauträgern zur Wirkung kommen können, wenn das Problem der Wohnungsnot mit Aussicht auf Erfolg

gelöst werden soll. Das schließt nicht aus, daß seitens der öffentlichen Hand alles geschehen muß, um die private Bauwirtschaft mit der gleichen Absicht zu beleben. Wir nehmen an, daß auch die vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossene Wohnraumabgabe diesem Zwecke dient und wir hoffen, daß die Erwartungen, die mit dem etwas umstrittenen Gesetz verknüpft werden, sich in vollem Umfange erfüllen.

Ministerpräsident Altmeyer in Paris

Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeyer (CDU), weilte kürzlich in Paris, wo er an einer Goethefeier der Sorbonne teilnahm. — Die Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ist ein Anliegen, das von Rheinland-Pfalz als dem unmittelbaren Nachbarn als besonders verpflichtend empfunden wird. In welchem Maße sich gerade Ministerpräsident Altmeyer dieser Aufgabe verbunden fühlt, hat er bei zahlreichen Anlässen zum Ausdruck gebracht. Er ist deshalb in besonderer Weise berufen, aus dieser europäischen Aufgabe auch die politischen Forderungen abzuleiten, die sich aus der gegenwärtig in Rheinland-Pfalz praktizierten Demontagepolitik ergeben. Vor dem Koblenzer Landtag hat Altmeyer einen Appell an den französischen Hohen Kommissar gerichtet, für die 39 noch auf der Abbauliste stehenden Betriebe im französischen Besatzungsgebiet einen sofortigen Demontagestop zu erwirken. Es darf als sicher angenommen werden, daß der Ministerpräsident auch in Paris die Gelegenheit wahrgenommen hat, die französischen Politiker von der Notwendigkeit dieses Entschlusses zu überzeugen.

Vergessen Sie bitte nicht die baldige Einzahlung der Bezugsgebühren!
Beachten Sie unsere Hinweise in den Ausgaben Nr. 180 und 182 auf die Bezugsgeldabrechnung!

Neue politische Vereinigungen

Wir setzen im folgenden unseren Bericht über neue politische Gruppen und Vereinigungen fort. (Vergl. Nr. 179 vom 12. Okt.)

Gesellschaft Parteilose Demokratie

Als eine der kleinsten und bedeutungslosesten Splittergruppen bildete sich vor einiger Zeit in Drensteinfurt (Westfalen) die sogenannte „Gesellschaft Parteilose Demokratie“. Sie ist wie viele andere derartiger Organisationen als eine typische Nachkriegserscheinung von geringer Lebensdauer zu werten. Hauptziele sind die Abschaffung der Parteien und sogenannte indirekte „Volkswahlen“.

Humboldtbund

Im Sommer 1948 entstand aus einem politischen Freundeskreis in Heidelberg der sogenannte „Humboldtbund“, dessen Schwerpunkt sich später mehr nach Stuttgart verlagerte. Vorsitzender des Humboldt Bundes ist der junge Graf Uexküll. Der Bund will für eine „Deutsche Neuordnung und europäische Verständigung“ eintreten. Er sagt von sich: „Wir sind nicht Selbstzweck, und wir haben nicht den Ehrgeiz, das Sammelbecken der Masse von mißvergnügten Außenseitern oder politischen Deklassierten zu werden. Eine ausgewählte kleine, menschlich sich verbunden führende Gruppe jüngerer Menschen mit idealistischem Schwung und nüchternem Wirklichkeitssinn, das wollen wir auch in Zukunft bleiben und damit die Möglichkeit behalten, mit unseren Ideen und Vorschlägen befruchtend und richtungweisend auf die verschiedensten Repräsentanten des politischen Lebens zu wirken.“ — Eine weitere Gruppe besteht in Tübingen. Im Humboldtbund sind zumeist Studenten vereinigt.

Liga für Weltfortschritt

Die sogenannte „Liga für Weltfortschritt“ wurde am 21. Juli d. J. in München gegründet. Helmut Lindner, München, wählte man als den Gründer und Einberufer zum 1. Vorsitzenden. Zweiter Vorsitzender wurde Prinz zu Schönau-Carolath, Generalsekretär Dipl.-Ing. Erich von Neu-Jahn. Als Leiter des Referates Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sitzt im erweiterten Vorstand Alois Klein, Leiterin des Referates Kultur ist Prinzessin zu Schönau-Carolath. An der Gründungsversammlung der Liga nahmen auch ehemalige Gründungsmitglieder der Bayernpartei teil. Die neue Vereinigung sagt von sich, sie richte sich „gegen alle extremen Gruppen von rechts und links und hoffe, durch ein umfassendes Agrar-, Industrie- und Wohnungsbauprogramm alle gegensätzlichen Spannungen zu überwinden und dem Kommunismus den Boden zu entziehen.“ Als erste Arbeitsstufe möchte

sie eine Wiederaufbaubank gründen. Pläne für alle nur erdenklichen anderen Projekte (Industrieprogramm, Steuerreform, Berufsförderungszweck, Erstrebung eines Weltstaates aus kontinentalen „Staatenunionen“, selbst Großanbau von „Topinambur“ in den forstlichen Kahlschlägen), liegen bereits vor. Parteipolitisch werden unabhängige Abgeordnete und Minister verlangt, die nach einem Rechenschaftsbericht alle drei Monate neu bestätigt oder abgesetzt werden sollen.

Leuchtenburg-Kreis

Der Leuchtenburg-Kreis ist ein zwar kleiner Zirkel mit nur 107 Mitgliedern, dennoch sind dessen Angehörige zum Teil bekannte Politiker. Er ist ein in politischer Beziehung stark sozial bis sozialistisch orientierter Kreis der Jugendbewegung. Leitung und Führung liegen in Händen von Dr. Fritz Borinski, Chef der Heimvolkshochschule Jagdschloß Görde (Post Dahlenburg). Dem Kreis gehören u. a. an: Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb (SPD) (Frankfurt), der Landesvorsitzende der bayerischen SPD Waldemar von Knöringen (München), Georg Strickroth (Hannover), Friedrich Vorwerk (Stuttgart), Claus Mehnert (Ludwigsburg) und Heinz Gruber (München).

NDP zu den Fusionsbestrebungen

Der erweiterte Landesvorstand der NDP trat in Frankfurt unter dem Vorsitz des MdB. Leuchtgens zu einer Arbeitstagung zusammen, in der vor allem die Frage der Fusion mit anderen Rechtsparteien zur Erörterung stand. Unter Berufung auf das eigene Parteiprogramm wurde die Verschmelzung mit der DRP/DKP in der gegenwärtigen Situation als unmöglich bezeichnet. Der Sprecher der als besonders aktiv bekannten Gruppe Wiesbaden nannte die von dem DRP-Bundestagsabgeordneten Dr. Mießner abgegebene Erklärung, in der er den nazistischen Ideen weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, leichtfertig und unberechtigt. Solange maßgebende Persönlichkeiten der DRP/DKP eine undurchsichtige Haltung an den Tag legten und keine Klarheit über ihre wirklichen Ziele herrsche, werde die Kreisgruppe Wiesbaden keiner Fusion zustimmen. Die Tagung einigte sich schließlich auf einen Kompromißvorschlag, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß einer Verschmelzung mit den norddeutschen Rechtsparteien zwar grundsätzlich zugestimmt werde, daß aber abschließende Verhandlungen nur möglich seien, wenn die sozialen Forderungen der NDP durch die DRP/DKP anerkannt würden. Für die weiteren Verhandlungen wurde die Bildung eines gemeinsamen Vorstandes gefordert, der sich aus je drei Vertretern der drei Parteien zusammensetzen soll.

Aus der CDU/CSU

Tagung der Landesgeschäftsführer

Der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU hat die Landesgeschäftsführer der CDU/CSU für Mittwoch, den 9. November, zu einem Erfahrungsaustausch über die Bundestagswahlen und zur Besprechung von Organisationsfragen der Partei nach Frankfurt eingeladen.

Tagung der Landesvorstandschaft der CSU

Der Landesvorsitzende der CSU, Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, hat die Landesvorstandschaft der Christlich-Sozialen Union für den 18. November nach München einberufen. Sie wird sich mit der politischen Situation beschäftigen und u. a. die Stellvertreter des Landesvorsitzenden wählen.

Wirtschaftsausschuß der CDU des Rheinlandes

Die Vertreter der der CDU des Rheinlandes angehörenden Wirtschaftskreise beschlossen die Bildung eines Wirtschaftsausschusses. Nach Referaten von Dr. Reifferscheide, Köln, von der Zonenleitung der CDU über „Weiterführung und Vollendung der sozialen Marktwirtschaft“ und von MdB Rechtsanwalt Etzel, Duisburg, über „Zweck und Organisation der Wirtschaftsausschüsse der CDU“ wurde ein vorbereitender Arbeitsausschuß gebildet, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Regierungsbezirk Düsseldorf: Dr. Dr. h. c. Lehr, Düsseldorf, Dr. Toussaint, Essen, Dr. Saenger, Duisburg-Hamborn, Rechtsanwalt Etzel, Duisburg, Dr. Kaufhold, Düsseldorf-Lohausen, Dr. Huefnagel, Emmerich, Hauser, Krefeld, Direktor Pickert, Düsseldorf, Direktor Neuenhofer, Düsseldorf, Bruno Maurenbrecher, Krefeld-Hüls, Rechtsanwalt Henrichs, Hilden, Präsident Wolff, Remscheid, Direktor Schmitz, Düsseldorf, Kurt Kilbinger, Neuß. — Regierungsbezirk

Köln: Dr. Adenauer jr., Köln, Josef Quademechel, Köln, Dr. Zanders, Berg-Gladbach, Peter Greven, Iversheim, Dr. Borsbach, Bonn. — Regierungsbezirk Aachen: Anton Veltrup, Aachen, Stüttgen, Aachen, Virnich, Mechernich, Dechamps, Aachen. — Der vorbereitende Arbeitsausschuß wird am 25. Oktober zu einer ersten Arbeitsbesprechung zusammentreten.

Landtag der Jungen Union Hessen

Die JU des Landesverbandes Hessen hielt in Rüsselsheim a. M. ihren 6. Landtag ab. Bundestagsabg. Willi Massoth wurde wieder zum Landesleiter, Walter Wurm (Wiesbaden) zum Stellvertreter gewählt. Abg. Massoth erklärte, der neue Staat habe eine Politik zu vertreten, die von der jungen Frontkämpfergeneration bejaht werden könne und den Millionen in ihrer Existenz bedrohten Menschen Gerechtigkeit widerfahren lasse. Man könne keine Sozialpolitik betreiben, wenn die Wirtschaft nicht gesund ist. Es müsse ferner verlangt werden, daß die päpstlichen Sozialencykliken und die Vorschläge der evangelischen Sozialreformer verwirklicht werden. Abg. Massoth forderte Vertrauen für die jetzige Regierungskoalition und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die SPD sich zu einer konstruktiven Opposition bereifinden werde.

August Hausleiter wird massiv

„Wir schlachten die CSU“, erklärte August Hausleiter einem Vertreter des „Wiesbadener Kurier“ (Ausgabe vom 19. Oktober) auf einer in Frankfurt stattgefundenen Besprechung, bei der Hausleiter die „Überparteiliche Gemeinschaft Bayern“, Dr. Mattes den „Zentralverband der Fliegergeschädigten“ und die „Notgemeinschaft Württemberg-Baden“ und der Industrielle Dr. Spindler aus Hilden bei Düsseldorf die „Tatgemeinschaft freier Deutscher“ vertraten. Zweck der Zusammenkunft war die Vorbereitung der für den 16. November in Frankfurt anberaumten Sitzung des 15-köpfigen Koordinierungsausschusses der überparteilichen Organisationen Westdeutschlands.

Bayerns Aufgabe im Bund

„Darüber zu wachen, daß in dem neuen Bundesstaat auch tatsächlich bundesstaatlich regiert wird“, bezeichnete der Landesvorsitzende der CSU, Ministerpräsident Dr. Ehard, als die wichtigste Aufgabe Bayerns im Bund. „Diese Wachsamkeit ist geboten, da die neue Verfassung, auf der dieser Bundesstaat beruht, bewegliche Elemente enthält, die sowohl nach der bundesstaatlich-föderalistischen wie nach der einheitsstaatlich-zentralistischen Richtung hin ausgenutzt werden können. Hätte sich Bayern protestierend außerhalb des durch das Grundgesetz geschaffenen Rechtszustandes gestellt, dann wäre Bayern jetzt bei der Regierungsbildung in Bonn eben auch draußen gestanden.“ Dr. Ehard fuhr fort: „Wer sich von einer solchen Politik einen Vorteil für Bayern verspricht, mag das tun. Ich kann es auf jeden Fall nicht. Bayern kann sich nur durch aktive Mitarbeit im neuen Bundesstaat zur Geltung bringen. Daß man in Bonn auf diese Mitarbeit Wert gelegt hat, das beweist die personelle Zusammensetzung der neuen Bundesregierung. Niemand wird behaupten können, daß Bayern dabei schlecht abgeschnitten hat.“

Das neue Hessen-Kabinett

Im Zuge der Verwaltungsvereinfachung wurde das aus acht Ministern (einschließlich des Ministerpräsidenten) bestehende Kabinett Stock auf fünf Mitglieder herabgesetzt. Ausgeschieden sind: Arbeitsminister Arndgen (CDU), der in den Bundestag gewählt wurde, Ernährungsminister Lorberg (CDU), Justizminister Zinn (SPD), jetzt gleichfalls MdB, und Wirtschaftsminister Koch (SPD), der in der Genossenschaftsbewegung eine führende Stelle übernommen hat. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt waren ausgeschieden der Minister für politische Befreiung, Binder (SPD) und der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dr. Brill. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Stock (SPD), stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister Dr. Werner Hilpert (CDU), Minister des Innern Zinnkann (SPD), Minister für Erziehung und Volksbildung und in Personalunion Minister der Justiz Dr. Erwin Stein (CDU), Minister für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft Albert Wagner (SPD).

Rücktritt der SPD-Minister in Rheinland-Pfalz

Die durch die Meinungsverschiedenheiten um die Umbesetzung des Oberpräsidiums in der Pfalz ausgelöste Kabinettskrise hat nunmehr zum Rücktritt der SPD-Minister aus der Landesregierung geführt. Zurückgetreten sind: der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Jakob Steffan, der Finanzminister Dr. Hans Hoffmann und der Arbeitsminister Wilhelm Bökenkrüger. Ministerpräsident Altmeier hat den Rücktritt angenommen. Er übernimmt bis auf weiteres die Geschäfte des Innenministers, die Aufgaben des Finanzministers werden vom CDU-Landwirtschaftsminister Stübinger, die Geschäfte des Arbeitsministers von Wohlfahrtsminister Junglas (CDU) wahrgenommen. — Die Bestellung des Oberpräsidenten der Pfalz, Bögler, war nach den Landtagswahlen vom 18. Mai 1947 auf Verlangen der SPD erfolgt, die entsprechend der parteipolitischen Mehrheit diese Stelle beanspruchte. Die CDU hat diesem Verlangen entsprochen und den von ihr gestellten Oberpräsidenten Eichenlaub zurückgezogen. Nach dem Wahlergebnis vom 14. August 1949 änderten sich die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der CDU, die daraufhin mit dem gleichen Anspruch wie 1947 die SPD hervortrat. Dieses Verlangen fand bei der SPD kein Verständnis. Diese und andere Vorgänge haben nunmehr die SPD veranlaßt, ihre Minister aus der Regierung zurückzuziehen.

Abschied vom Möwenhaus

Der aus vier Abgeordneten der SPD, zwei der CDU und einem der SSW zusammengesetzte Untersuchungsausschuß in Sachen Möwenhaus hat seinen Abschlußbericht vorgelegt und damit den Schlußstrich unter eine Affäre gezogen, die wegen ihres politischen Hintergrundes für die SPD höchst unangenehm war. Die CDU hat das Bedürfnis für das Gästehaus der Regierung nicht bestritten, sie hat aber gegen die Weiterführung des Projektes nach der Währungsreform entschieden Einspruch erhoben. Daß dies dennoch und mit einem erheblichen Kostenaufwand und unter Hinzuziehung des früheren Schwiegersohnes (Ohrenschild) des früheren Ministerpräsidenten Lüdemann geschehen ist, hat in der Bevölkerung den Zündstoff schließlich zur Entladung gebracht. Die CDU beabsichtigt nicht, die unselige Geschichte vom Möwenhaus für alle Zeit wachzuhalten. Sie hat die ihr als Oppositionspartei zugewiesene Aufgabe erfüllt und läßt nun Vergangenes vergangen sein.

Proteste gegen Führung der Ostzonen-CDU

Die Sowjetisierung des russisch besetzten Gebietes geht nach der Bildung der Regierung Grotewohl noch schneller als bisher vor sich. Der Terror gegen alle diejenigen, die ihrer Enttäuschung über die abermalige Verschiebung von Wahlen Ausdruck geben, wurde durch die kommunistische Volkspolizei verschärft. Die systematische Durchdringung der Bevölkerung mit NKWD-Spitzeln zwingt die Bewohner, außerhalb ihrer eigenen Wohnungen, vor allem in Lokalen, zu schweigen und selbst die ungeheuerlichsten Provokationen der Beauftragten der Sowjets unbeantwortet zu lassen. Aus den Berichten von Männern und Frauen aller Bevölkerungskreise in der Ostzone geht hervor, daß noch niemals die Stimmung so absolut ablehnend war, wie jetzt nach der Bildung der kommunistischen Ostregierung. Mit Bitterkeit stellen die Mitglieder der nichtmarxistischen Parteien fest, daß ausgerechnet der neue Außenminister Georg Dertinger, der immer noch vorgibt, CDU-Mitglied zu sein, als Verteidiger der Oder-Neiße-Linie hervorgetreten ist. Drei Abgeordnete des Landtags in Sachsen-Anhalt, unter ihnen der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU, Anton Miller in Halle/Saale, sind mit Rücksicht darauf aus ihren Parteien ausgeschieden oder haben ihr Mandat niedergelegt. Bei der Parteileitung der Ost-CDU in Berlin sind in großer Zahl Proteste gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eingegangen. Die Mitglieder der Partei verlangen eine klare Stellungnahme zu diesem Problem und eine Ablehnung des Standpunktes der SED.

Kein Bedürfnis mehr für Zentrumspartei

Das Mitglied des seitherigen Landesvorstandes der Zentrumspartei in Hessen, Alfons Felsing, ist mit vier weiteren Vorstandsmitgliedern und einigen Kreisvorsitzenden aus der Zentrumspartei ausgetreten und hat sich als Hospitant der CDU angeschlossen. Als Grund für seinen Entschluß führte Felsing die diktatorische Ernennung eines neuen Landesvorsitzenden durch den kürzlich verstorbenen Parteivorsitzenden Dr. Stricker an. Felsing hat in einem Schreiben an den Leiter der politischen Abteilung beim amerikanischen Landeskommissariat den Antrag auf Lizenzierung der Zentrumspartei im Landesrahmen zurückgezogen, da für die Zentrumspartei kein Bedürfnis mehr bestehe.

Randglossen

Der löbliche Eifer, mit dem unsere Pressevertreter zu Werke gehen, kennzeichnet die berechtigte Freude über die wiedergewonnene Freiheit von Anweisungen und Sprachregelungen der nazistischen Pressepolitik. Daß die Presse diese Freiheit zu gebrauchen und zu verteidigen weiß, hat sie Zweifeln und Mißvergnügen mehr als einmal ad oculos demonstriert. Was uns jedoch mit gewisser Besorgnis erfüllt, ist der Uebereifer, mit dem einige Pressevertreter ihrem Berufe nachgehen. Wir meinen jenen Uebereifer, der die Berufsauffassung überspitzt und dann in Sensationshascherei umschlägt. Die Grenzen zwischen dem Notwendigen und dem Unerwünschten sind schwer zu ziehen. Hier kann nur das persönliche Taktgefühl eingeben, wo die Suche nach „facts“ und „news“ in eine unerfreuliche Sensationshascherei übergeht. Um konkret zu sein: Wir haben kein Verständnis dafür, wenn im Bonner Bundestagsgebäude Kriminalbeamte gegen Pressevertreter aufgeboten werden — aber wir verstehen es, wenn der amerikanische Hohe Kommissar nach einer persönlichen Unterredung mit Dr. Adenauer in seiner Privatwohnung sich der Presseleute mit einem „Get off!“ erwehrt. Hier sind also die Grenzen, die zu respektieren jeder verpflichtet sein sollte. Sie beginnen an der Tür des Wohnhauses, in jenem privaten Bezirk also, der auch dann noch das höchst persönliche Reservat des Wohnungsinhabers bleibt, wenn hinter den Türen zufällig politische Dinge besprochen werden.

Die planmäßige Remilitarisierung der Ostzone ist seit langem ein offenes Geheimnis. In Tag- und Nachtschichten sollen allein auf der Volkswerft Stralsund jährlich 100 Einheiten vom Stapel laufen, die man als „Fischerei“-Fahrzeuge bezeichnet. Diese ungewöhnliche Produktionskapazität für die ostzonale Fischereiwirtschaft verdient besondere Aufmerksamkeit, zumal schon beim flüchtigen Hinblicken die eigenartige Form der neuen „Fischerei“-Boote auffällt. Sie haben eine frappierende Ähnlichkeit mit den R-Booten der ehemaligen deutschen Kriegsmarine. Unterschiedlich ist nur das Material; während die Kriegsmarine hölzerne Schiffskörper baute, verwendet heute die Volkswerft Ganzmetall unter Anwendung des elektrischen Schweißverfahrens. Eisverstärkung und Bugschutzgerät vervollständigen die „Fischerei“-Ausrüstung der Boote, deren Baukosten von den ostzonalen Landesregierungen getragen werden müssen. Im Zeichen des Zweijahrplanes entstehen allenthalben neue Errungenschaften moderner Technik — vom Düsenflugzeug bis zum Minenräumboot —!